

Volker Tagblatt

Bela, Donnerstag, 17. Oktober 1913
14. Jahrgang. — Nr. 4386.

Beleggebühren: Ganzjährig K. 48.—, halbjährig K. 24.—
Anzeigenpreis: Eine 3mm hohe und 4cm lange Zeile für
ein Wort 10 H., in Geld nach 15 H., Reklamendruckerei, Coderger
und Anzeigen im Zeitungs- 60 H. für eine 6wöchige Periode.
Einzelpreis 16 Heller.

Generalstabberichte.

Wien, 16. Oktober. (KZ.) Amlich wird verlaus-
t. Österreichischer Kriegsschauplatz: Auf dem Easjo No so
werden unsere Sicherungsgruppen einen italienischen Vor-
stoß in Serbien und Albanien vollziehen sich unsere
Anordnungen und Maßnahmen ohne Einwirkung des Geg-
ners. Der Chef des Generalstabes.

Berlin, 16. Oktober. (KZ.) — Wolffbüreau.) Das
österreichische Hauptquartier wird amtlich gemeldet: West-
licher Kriegsschauplatz: Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht
hat in Flandern keine Anstöße fort. Sein
Aufsicht rüchete sich gegen Thourout und gegen die
Belgien—Kontroll. Auch gegen die übrige Küstenge-
biet führte der Feind nördlich durch Panzerwagen im er-
sten heftigen Angriffe. An einzelnen Stellen haben unsere
Truppen ihre Linien behauptet. An anderen Stellen, welchen
zu kämpfend aus und wehrten den Feind in rickwärtigen
Stellungen, wies nach Gegenstände, ab. Auf dem nörd-
lichen Kriegsschauplatz blieb Thourout in unserer Hand.
Gegenüber der Feinde, zwischen Merkheim und Thourout
in südlicher Richtung vorgedrungen, wurden in erster Linie
von Thourout haben wir die Linie Linderwelle—
Naghen gehalten. Südlich von Naghen gelang es dem
Gegner, über die Bahn Belgien—Kontroll vorzudringen.
Südlich der Bahn brachen wir ihn zum Stehen. West-
lich und südwestlich von Lille setzten wir unsere Linie
von der Feinde ab. — Seeresgruppe deutscher Komman-
dos: Zwischen Bohain und der Oise greift der Feind
unser nach hacher Artilleriebeschuss an. Südlich der
Enahe Bohain—Alfonville hielten wir ihn durch unser
Feuer nieder. Alfonsoville wurde nach heftigen Kämpfen
gegen den beiderseits des Oises und gegen den Ort selbst
mit starken Kräften mehrfach anstürmenden Feind ge-
halten. Auch der nördlich der Oise vordringende feindliche
Angriff sistierte vor unseren Linien. Die seit Bohain fast
ununterbrochen im Kampfe stehende kroatische In-
fanteriedivision zeichnete sich wieder besonders aus. Kämpfe
vor unseren neuen Stellungen nördlich und nordöstlich von
Lyon und westlich der Aisne, in denen wir dem Gegner
wieder schwere Verluste zufügten. Der Feind steht hier
südlich der Serre und etwa in der Linie Wisse—Siffone—Le
Thou—St. Germain. In der Montigny Erleuchtungsge-
biet. Der zwischen Oisy und Grand-Pre auf Mouron
entlang der Aisne vorzudringende kleine Stellungsbogen
wurde geräumt. Die dort kämpfenden Truppen haben auch
gestern wieder den mit dem vordringenden Hatten des
Gegners, westlichsteins Zweck erreicht. — Seeresgruppe
von Gollwitz: Zwischen den Argonnen und der Maas
find erneut heftige Angriffe der Amerikaner in unserem
Feuer und in unseren Gegenständen gescheitert. Der Feind
hat auch gestern trotz Einsatz weit überlegener Kräfte und
starker Artillerie und trotz Unterstützung durch Panzer-
wagen nur wenig Gelände gewonnen. Südlich von St.
Avuln, am Walde von Dantepelle und nordöstlich von
Emel fanden die Kämpfe bei Einbruch der Dunkelheit
ihren Abschluss. Auf dem östlichen Waauser zerplitterten
sich die zwischen der Maas und nordwestlich von Beaumont
gerückten Angriffe in dem westlichsteins Wald-
gelände zu sehr heftigen Feilangriffen, die zu unseren Gun-
sten endeten. Die Amerikaner erlitten auch gestern wieder
außerordentlich schwere Verluste. — Der Erste General-
stabeschef v. Lubendorf.

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Englischer Bericht vom 13. Oktober, nachts. Die eng-
lischen, belgischen und französischen Flieger spielten eine
große Rolle in der Schlacht, indem sie Bomben auf feind-
liche Truppenkonzentrationen und jahrende Blüge warfen.
Sie beschossen auch feindliche Infanterie mit Maschin-
gewehren. Die englischen Motoren leisteten gleichfalls mer-
kwürdigen Beitrag bei den Operationen. Bei Einbruch der
Nacht ließ die Linie durch Mussoud, Peersoud, den West-
lich von Geste, Olsberg, Veuren, Rumbek, Hozhem,
den Westlich von Gulleghen, nordwestlich von Wevelghem
und die Ausläufer von Menin. Zahlreiche Brände wurden
hinter den deutschen Linien gemeldet, besonders in Lichter-
welle, Menin und Tiel.

Englischer Bericht vom 14. Oktober, abends. Von
der belgischen Front südlich der Los werden nur britische
Kampfbatterien gemeldet. Unsere Patrouillen und vor-
geschobenen Abteilungen waren tätig, indem sie Fortschritte
an gewissen Stellen machten und eine Anzahl Gefangener
erwarbten. Ein britisches Geschütz fand in der Gegend von
Eranghem, südlich von Weyacourt Hill, dessen Ergebnis
war, daß wir einige Gefangene machten.

Englischer Bericht vom 11. Oktober, abends. Die
nordöstliche Armeegruppe unter Führung des Königs von
Belgien griff um 5 Uhr 35 Minuten früh an. Die zweie-
britische Armee ging ungefähr 7 Kilometer in der Rich-
tung auf Courtrai vor, wobei sie die nächsten Dörfer
Reilmeghem, Castele, Coderghem und Norderele nahm
und die nördlichen Ausläufer von Menin erreichte. Die
belgische Armee ging ungefähr 8 Kilometer gegen Angel-

nüster und Thourout vor und nahm die Dörfer Kumbek,
Winkel, St. Clay, Orléans, Jaggem, Cortemarck
und Handzame. Die französische Armee griff mit den
belgischen Truppen die beiden Flanken der belgischen Hoch-
fläche bei Geste, Coderghem, Olsberg, sowie die Dörfer
Veuren, Hooglaede, Geste, St. Joseph, sowie Roulers
an. Die Zahl der bisher gefangenen Gefangenen überstiegt
3300 auf belgischer, 2500 auf französischer und 2200 auf
englischer Seite. Die genaue Zahl der genommenen Ge-
schütze ist noch unbekannt. Sechs vollständige Batterien
wurden erbeutet, als sie im Bezirk standen, sich zurück-
zuziehen.

Belgischer Bericht vom 14. Oktober. Um 5 Uhr 30
Minuten früh griffen die belgischen Truppen im engen
Zusammenstoß mit den Franzosen auf einer Front von
über 20 Kilometer zwischen Handzame und der Straße
Roulers—Menin an. Den feindlichen Widerstand brechend,
rückten die Truppen auf der ganzen Front herdrückend
vor, wobei sie die Ortlichkeiten Handzame, Cortemarck,
Geste, St. Josef, Hooglaede, Veuren, Rumbek, Wevelghem,
Cudens und den St. Clay-Winkel besetzten. Gegen Mittag
nahmen die Franzosen die Stadt Roulers im Sturm. Weiter
östlich rückten die Belgier kämpfend über 10 Kilometer
weit vor, errichteten Belagern und die Zugänge von Lande-
we, wobei sie zahlreiche Zivilpersonen befreiten. Ihr Vor-
marsch schwanke zwischen 4 und 10 Kilometer. Die Opfer
der Alliierten verhielten sich nicht allzu groß. 1000 Ge-
fangene sind bereits gemeldet, die zur Hälfte von Belgiern
genommen wurden, sechs vollständige Batterien wurden er-
beutet, sowie eine ungeschützte Geschütze und beträchtliche
andere Beute erbeutet. Der Feind hat an Roulers,
Cortemarck, Hooglaede und Geste Feuer gelegt und in
Roulers Explosionen veranlaßt.

Amerikanischer Bericht vom 14. Oktober. Heute früh
nahmen die Amerikaner ihren Vormarsch nördlich von
Verban wieder auf. Sie stehen im Kampf gegen Stellungen
von höchsten strategischen Wert und größter militärischer
Stärke. Heute gingen wir über die Linie Emel—Montagne
hinaus vor. Unsere Patrouillen stehen im Walde von
Dantepelle. Unsere Angriffsgruppen drangen in die Stel-
lungen von St. Georges und Landres ein. Es wurden un-
gefähr 750 Gefangene gemeldet.

Frankösischer Bericht vom 14. Oktober, abends. Verti-
che Untersuchungen ermöglichten uns die Verbesserung
unserer Stellungen auf dem linken Ufer in der Gegend
von Montigny. Südlich der Serre besetzten wir Mont-
leau-les-Bois und gelangten bis einem Kilometer süd-
lich von P-aug-Serre. Unter Mitwirkung italienischer Trup-
pen nahmen wir die Eisen weiler südlich sehr starken
feindlichen Widerstandes und rückten darüber hinaus vor.
Wir machten ausgedehnte Fortschritte auf dem rechten
Ufer und schoben unsere Linie über die Ortlichkeiten
La Malmaison, Cor, Veuren und St. Germainmont vor.
In der Gegend von Haisin übergriffen wir die Maas
an mehreren Stellen nördlich von Haisin.

Frankösischer Bericht der Orientarmee vom 13. Oktober.
Die feindlichen Truppen stehen mit Unterstützung der all-
ierten Truppen die Verfestigung ihres Gebietes fort. Die
italienischen Streitkräfte nahmen an ihren Operationen teil.
Wir machten unsererseits Fortschritte in der Zurückgewin-
nung Montagnebois, das von den Bulgaren geräumt ist.
Bei den glänzenden Kampfergebnissen, die sie in den
Beis von Velrand und Miravaha brachten, machten
die französischen Truppen eine Anzahl Gefangener. Sie
nahmen Kugeln in Besitz, in denen sich zahlreiche Kränze
und Verdienste befanden, darunter der mit der Verwaltung
Albanens betraute österreichisch-ungarische General. Sie
erbeuteten außerdem bedeutende Depots und recht beträch-
liches Eisenbahnmaterial.

Drohmaßnahmen.

Wilson's Rückantwort.

Washington, 14. Oktober. (KZ. — Reuter.) Der
Staatssekretär hat heute nachmittags dem internationalen
Geschäftsleiter der Schweiz und dem Vertreter der deut-
schen Interessen in den Vereinigten Staaten bekannt ge-
geben: „Staatsdepartement, am 14. Oktober.

Mein Herr!

In Beantwortung der Mitteilung der deutschen Re-
gierung vom 12. Oktober, die Sie mir heute übergeben
haben, teile ich mit:

Die unzulängliche Annahme der vom Präsidenten
der Vereinigten Staaten in seiner Vorkauf an den Kon-
gress der Vereinigten Staaten vom 8. September 1913
und in seinen folgenden Vorkäufen niedergelegten Bedin-
gungen von Seite der jetzigen deutschen Regierung und
der großen Mehrheit des deutschen Reichstages berech-
tigen den Präsidenten, eine offene und direkte Erklärung
hinsichtlich der Mittelungen der deutschen Regierung vom
13. Oktober 1913 abzugeben. Es muß Klarheit darüber

bestehen, daß die Durchführung der Fällung und die
Bedingungen eines Waffenstillstandes Angelegenheiten sind,
die dem Urteil und dem Räte der militärischen Berater
der Regierung der Vereinigten Staaten und der allierten
Regierungen überlassen werden müssen, und der Präsident
sich verpflichtet, zu erklären, daß keine Regelung
von der Regierung der Vereinigten Staaten angenommen
werden kann, die nicht für völlig befriedigende Sicher-
heiten und Bürgschaften der Fortdauer der gegenwärtigen
militärischen Überlegenheit der Armeen der Vereinigten-
Staaten und der Alliierten an der Front Sorge trägt. Er
hat Vertrauen, daß er als sicher annehmen kann, daß
dies auch das Urteil und die Entscheidung der allierten
Regierungen sein werde. Der Präsident fällt es auch für
seine Pflicht, hinzuzufügen, daß weder die Regierung der
Vereinigten Staaten, noch er dessen ganz sicher seien, daß
die Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten als
Kriegsfeinde assoziiert sind, einwilligen werden, einen
Waffenstillstand in Erwägung zu ziehen, so lange die
Streitkräfte Deutschlands fortfahren, ungezügelt und un-
menssichliche Praktiken auszuführen, bei denen sie noch er-
zwingen. Zu derselben Zeit, wo die deutsche Regierung
an die Regierung der Vereinigten Staaten mit Friedens-
vorschlägen herantritt, sind ihre Unterredungen damit be-
schäftigt, auf der See Passagierschiffe zu versenken und
nicht nur Schiffe, sondern auch Boote, in denen ihre
Passagiere und Besatzungen sich in Sicherheit zu bringen
versuchen. Die deutschen Armeen schlagen bei ihrem jeztigen
erzwingen Nidzang aus Flandern und Frankreich den
Weg zur völligen Zerstörung ein, der immer als direkte
Verletzung der Regeln und Gebräuche der zivilisierten
Kriegsführung betrachtet wurde. Die Städte und Dörfer,
wenn sie nicht zerstört sind, sind von allem, was sie er-
halten, oft sogar ihrer Einwohner, beraubt. Es kann nicht
erwartet werden, daß die gegen die Deutschen assoziierten
Nationen einem Waffenstillstand zustimmen werden, so
lange die unmenschlichen Handlungen, Plünderungen und
Verwüstungen fortgesetzt werden, auf die sie mit Recht
mit Schrecken und empörem Herzen hindrücken. Es ist
auch notwendig, daß der Präsident mit großem Nach-
druck (very solemnly) die Aufmerksamkeit der Regierung
Deutschlands auf die Fassung und die klare Absicht (cor-
re language and plain intent) einer der Friedensbedingun-
gen lenkt, die die deutsche Regierung jetzt angenommen
hat. Sie ist enthalten in der Vorkauf des Präsidenten,
die er am 4. Juli d. J. in Mount-Vernon gehalten hat.
Sie lautet, wie folgt: ... die Vermittlung jener mil-
itärlichen Macht überall, die es in Händen hat, allein,
geheim und aus eigener Willensbestimmung den Frieden
zu fördern, und, falls diese Macht gegenwärtig nicht ver-
fügt werden kann, wenigstens ihre Herabminderung bis
zur vollständigen Ohnmacht; und die Macht, die bis jetzt
das Schicksal der deutschen Nation bestimmt hat, ist ge-
rade eine von denjenigen, die der Präsident in dieser Vor-
schaft im Auge gehabt hat.

Die deutsche Regierung hat die Wahl dies zu ändern.
Die oben erwähnten Worte des Präsidenten bilden natür-
lich eine Bedingung, die vor dem Frieden erfüllt werden
müß, wenn der Frieden durch das Vorgehen (by the
action) des deutschen Volkes selbst kommen soll. Der
Präsident hält sich für verpflichtet, zu erklären, daß die
ganze Durchführung des Friedens seiner Ansicht nach von
dem verbindenden Charakter der Bürgschaften abhängen wird,
die in dieser grundlegenden Aktion abgeben werden
können. Es ist unerlässlich, daß die gegen Deutschland
assoziierten Nationen unzweideutig wissen, mit wem sie
verhandeln sollen.

Der Präsident wird eine besondere N. an die
A. u. S. Regierung von Oesterreich-Ungarn senden.
Empfangen Sie, mein Herr, die erneute Versicherung
meiner Hochachtung.

Robert Lansing.

Eine Rede Burians in der österreichischen Delegation.

Wien, 16. Oktober. (KZ.) Der Auswärtige für Oester-
reich in der österreichischen Delegation trat heute im Beisein
der gemeinsamen Minister zu einer Sitzung zusammen. Ob-
mann Dr. Deereureiter regt an, von der Delegation des
Erzherzogs Abhand zu nehmen und erteilt dem Minister des
Außen das Wort. Minister des Außen Graf Burian
verweist auf das gestrige Gespräch und erklärt, nur einige
kurze Bemerkungen in der Richtung machen zu wollen,
wenn es nicht gestern eine Veränderung der Lage als ein

getreten betrachtet werden könnte. Die Ereignisse eilen schnell. Seit dem Vortage meines geistigen Epizodes ist uns die Antwort der Vereinigten Staaten auf die letzte Forderung der deutschen Regierung bekannt geworden. Sie möchte gleich konstataren, daß mich und ruhiger Prüfung dieser Antwort nichts veranlassen könnte, auch nicht ein Wort meines Epizodes zu ändern. Ich habe zu Anfang dieses Epizodes mit unrichtiger Befriedigung festgestellt, es eröffnet sich den Vätern die Aussicht, daß es gelingen wird, in absehbarer Frist an allen Fronten zur Einstellung der Feindseligkeiten zu gelangen, um in Verhandlungen über den Abschluß des allgemeinen und dauerhaften Friedens einzutreten. Diese Hoffnung hege ich noch heute im vollsten Maße; denn wenn wir den Inhalt der nun bekannten Rückantwort des Präsidenten Wilson ins Auge fassen, so ist kein einziger Punkt in derselben, welcher geeignet wäre, diese Hoffnung zu vereiteln oder auch nur nachhaftig zu beschränken, die Hoffnung, daß wir vor der nahen Beendigung der Feindseligkeiten stehen. Diese Feindseligkeiten können nach der Lage der Dinge nicht mehr fortgesetzt werden. Lassen wir uns der Note des Präsidenten Wilson den eigentlichen politischen Punkt ins Auge, den Hinweis des Präsidenten darauf, daß Deutschland gewisse Maßnahmen der Erfüllung einer Bedingung schuldig geblieben wäre, die es angenommen habe, und die noch vor dem Frieden durchgeführt zu werden hätte, der Bedingung nämlich, die aus den Ausführungen des Präsidenten Wilson vom 4. Juli fließt, daß es keiner Macht mehr vergönnt sein dürfte, frei und ungehindert über die Frage über Krieg und Frieden zu entscheiden. Dieser Punkt erledigt sich — wie es ja in der Rückantwort Deutschlands außer jedem Zweifel gesagt werden wird — dadurch, daß man in Deutschland ebenfalls im Besitze ist, die Frage, von wann die Entscheidung über Krieg oder Frieden abhängen würde, durch eine Verfassungsänderung zu regeln. Was die technischen Fragen und die Voraussetzungen eines Waffenstillstandes betreffen, über welche Fragen Wilson eingehend spricht, so sind das Dinge von wesentlichem militärischem Belange. Es ist selbstverständlich, daß Verhandlungen und Entscheidungen der Mächte eines Waffenstillstandes von den militärischen Faktoren abhängen, und ich glaube, wir dürfen die Ausdrücke in der Antwort des Präsidenten Wilson nicht zu englich nehmen, welche dahingehen, als wären diese Bestimmungen gewissermaßen ausschließlich von Seite der militärischen Faktoren unserer Gegner zu treffen. Die Waffenstillstandsverhandlungen — das legt ja schon in dem Begriffe „Verhandlungen“ — werden zweifellos gesprochen. Da entsteht ja jene Kommission, deren Zusammenkunft in der deutschen Antwort vorgeschrieben worden ist. Wir können völlig überzeugt sein, daß Deutschland in der Lage sein wird, in entgegenkommender Weise auf jede Forderung des Präsidenten Wilson einzugehen, und zu antworten, welche eine Milderung der Kriegführung betreffen. Ich glaube nicht, daß Wilson bei diesen Forderungen im allgemeinen weit über dasjenige hinausgeht, was wohl auch den deutschen Intentionen entsprechen dürfte, daß nämlich in einem Zeitpunkt, wo der Krieg doch als abgeschlossen betrachtet werden kann, die Trümpfe vorantreiben müsse und auch gewissermaßen vorantreiben wird, einige Parteien der Kriegführung zu vermeiden. Selbstverständlich beruht das auf einer gewissen Gegenseitigkeit, welche in dieser Beziehung von Seite unserer Gegner gefordert werden wird. Ich glaube, in diesem Sinne werde noch durch eine Ansprache zwischen Deutschland und dem Präsidenten Wilson eine entsprechende Auswirkung gesellen werden können und ich kann mich nicht denken, daß dieser Vorschauaustausch den Abschluß der Feindseligkeiten länger werde hinauszuschieben können. Es ist ja mir selbstverständlich, daß Deutschland darauf bestehen wird, daß ihm in diesem Vorstadium der Verhandlungen nicht solche Bedingungen gestellt werden, welche für die Würde Deutschlands unannehmbar erscheinen könnten. Wir können uns hiebei ganz offen darauf berufen, daß nicht allein wir einem Verständigungsvertrage zustimmen, sondern wir können uns — und wir werden es mit besonderem Nachdruck tun — auf jene Sätze Wilsons berufen, in welchen er erklärt, der künftige Friede dürfe kein Gewaltfrieden sein.

Dmann Dr. Baermeister bittet den Ausschuss, darüber zu entscheiden, ob über die Mitteilungen des Ministers sofort die Debatte eröffnet werde. Er bemerkt hiebei, daß die Antwort Wilsons an Oesterreich-Ungarn als bevorstehend angekündigt worden sei. Diese Antwort wird natürlich die Situation wieder ändern und es wird, wenn man die Antwort in der Hand hält, zweifellos notwendig sein, daß eine Debatte stattfindet.

Delegierter **Wittoni** bemerkt, es verlaute, daß die Antwort an Oesterreich-Ungarn schon eingelegt sei. Minister des Aeußern: Nie ist sie bisher nicht zugekommen. Delegierter **Wittoni** wünscht, daß bei Eintreffen der Antwort der Ausschuss sofort Gelegenheit habe, von derselben Kenntnis zu nehmen. Der Minister des Aeußern erklärt, die Antwort Wilsons werde natürlich sofort zur Veröffentlichung gelangen. Dem Ausschusse stehe es dann offen, seinen Entschluß bezüglich seines Weberganges mitzutheilen. Delegierter **Wittoni** wünscht ferner, daß der Vorsitzende nach Eintreffen der Antwort den Ausschuss sofort einberufe.

Delegierter **Koröser** spricht sich gegen eine unbestimmte Vertagung bis zum Eintreffen der Antwort aus. Der Minister des Aeußern erklärt: Die Verzögerung des letzten Satzes der Note Wilsons läßt vermuten, daß wir ihr Eintreffen bald erwarten können. Sobald sie eingetroffen sein wird, werden wir uns mit dem Dmann des Ausschusses sofort ins Einvernehmen setzen, doch erlaube ich mir darauf hinzuweisen, daß wir bei Beratung der Schriftsätze, die zwischen uns und unseren Gegnern gewechselt

worden, stets das Einvernehmen mit Deutschland herstellen werden. Das bedingt nur eine ganz kurze Zeit der Vertagung, aber es können auch 24 Stunden vergehen. Eine kurze Aussprache mit Berlin ist immer erforderlich. Damit unsere beiderseitigen Standpunkte nicht einmal in eine Nuance in Widerspruch gelangen. Delegierter **Koröser** erklärt, eine Unterbrechung bis morgen dürfte genügen.

Ueber Wunsch der Delegierten **Vangenhahn** und **Koröser** tritt eine kurze Unterbrechung der Sitzung zu einer Aussprache ein. Nach Wiederaufnahme der Sitzung verläßt der Präsident dem Wunsch des Ausschusses gemäß die Verhandlungen bis morgen.

Ungarisches Abgeordnetenhaus.

Buda pest, 16. Oktober. (R.B.) Nach Verlesung des Einlaufes ergab der Ministerpräsident Dr. Bekere das Wort: In diesem Augenblicke erheben sich die Abgeordneten der Karolypartei und rufen: „Es lebe das selbständige, unabhängige Ungarn!“ Ministerpräsident Dr. Bekere bringt dem Hause die Demission der Regierung zur Kenntnis, welche jedoch nicht angenommen wurde, und erklärt: „Obwohl die Regierung Gegenstände vorbereitet hat, welche die Demokratisierung des Landes bezweckende Reformen betreffen, bin ich nicht in der Lage, diese Entwürfe dem Hause vorzulegen, denn mittlerweile hat sich die politische Lage demart verändert, daß wir uns heute nur auf zwei Dinge beschränken müssen: Einerseits auf die Friedensaktion, andererseits angeht die Umgestaltung, welche in den österreichischen Provinzen Selmer Majestät vor sich geht, auf die Konzentrierung der Kräfte und die vollständige Umformung unserer staatsrechtlichen Lage. Sobald die Antwort des Präsidenten der Vereinigten Staaten eintrifft, werde ich die Gelegenheit wahrzunehmen, diese, sowie unteren hierauf bezüglichen Standpunkt dem Hause mitzuteilen. Ich will mich über diese Frage nicht ausführlich äußern, sondern gleich zur Umgestaltung übergehen, welche wir in Oesterreich wahrnehmen. Da Oesterreich seine inneren Angelegenheiten auf überalterter Grundlage zu erhalten denkt, so läßt dieser Umstand es unabweisbar erscheinen, daß wir uns einem überalterten Oesterreich gegenüber auf die Grundlage der Personalunion stellen, und daß wir auf Grund der Personalunion außenpolitische und volkswirtschaftliche Angelegenheiten, sowie ferner unsere nationale Verteidigung selbständig organisieren. (Langanhaltende Oeffnung und Händeklatschen bei der großen Mehrheit des Hauses, ausgenommen der Karolypartei.) Es ist sehr natürlich, daß die Lage die Mobilisierung des Artikels 12 vom Jahre 1867 fördern wird. Unsere selbständigen Einrichtungen müssen wir aufrecht erhalten. Die Verteidigung und Unverletzlichkeit unserer staatlichen Integrität und Aufrechterhaltung unserer staatlichen Einheit müssen wir mit gemeinsamer Kraft um jeden Preis durchzuführen. Wir müssen auch in Hinblick auf die Wahrung der Einheitlichkeit des ungarischen Staates zwar nicht mit den Nationalitäten in Verhandlungen treten, wohl aber deren Wünsche näher zu treten und unter Bezeichnung dieser Wünsche entsprechende Vorschläge der Gesetzgebung zugehen lassen. Unter einem anderen Gesichtspunkt fällt unser Verhältnis zu Kroatien. Wir werden in dem von der kroatischen Nation gewünschten Rahmen ihre selbständige Entscheidung nach Möglichkeit erfüllen. Der Ministerpräsident bemerkt, daß der Uebergang auf Grundlage der Selbständigkeit nicht rapid auf allen Gebieten erfolgen kann. (Widerstand bei der Karolypartei.) Die natürliche Ordnung der Dinge ist, daß wir sofort an die Arbeit treten und auf Grundlage der Personalunion unsere selbständigen Einrichtungen vorbereiten und unsere gegenseitigen Beziehungen regeln, und zwar auf selbständiger Grundlage, sowie für jene finanziellen Maßnahmen sorgen, die sich daraus ergeben. Dies ist die rationale und reelle Art der Durchführung jener Personalunion, auf deren Grundlage wir uns stellen. (Allgemeine Zustimmung bei der großen Mehrheit des Hauses.) Wir müssen jene sicheren Grundlagen malen, die bei den Friedensverhandlungen unsere staatliche Einheit rechtfertigen und zur Basis nehmen und zugleich die Regelung unserer Beziehungen zwischen den unter dem Zephr Selmer Majestät stehenden übrigen Ländern erledigen, auf welcher Grundlage sie sich immer organisieren müssen. Der Ministerpräsident appelliert im Hinblick auf die Zukunft, die nationale Kraft zu konzentrieren, die Gegensätze und persönlichen Rechnungen zu vergessen, damit so die selbständige Unabhängigkeit Ungarns in Wirklichkeit geschaffen werde.

Abgeordneter **Graf Karoly** reagiert auf die Aeußerungen des Ministerpräsidenten und führt aus, seine eigenen Ausführungen seien bloß Vorschläge. Die Personalunion muß schrittweise durchgeführt werden. Sebermann weiß, was in Oesterreich vorgeht und welche Gegensätze zwischen Oesterreich und Ungarn bestehen. Es sei daher unmöglich, Ungarns Interessen einem Manne anzuvertrauen, der sie ausschließlich vertreten sollte, denn wir beständen Garantien dafür, daß ein Minister des Aeußern nicht Sündenbögen für die Interessen Oesterreichs hinlege, oder daß man Büchsen nur um einen solchen Preis im Rahmen Oesterreichs erhalten wolle, welcher die Integrität Ungarns berührt. Es muß wenigstens der Friede gerettet werden. Die Politik jener, die das Bündnis mit Deutschland verletzen wollten, habe vollständig Schiffbruch gelitten. Darans müssen die Konsequenzen gezogen werden, der ganze Krieg sei eine Irreführung gewesen. Abgeordneter **Loasag (Karolypartei)** ruft: „Wir sind entsetzt undurchsichtig!“ (Großer Aeuß.) Die Sitzung wird unterbrochen. Gegenruf: „Ihr habt das Vaterland verkauft!“ Der Ernährungsminister **Prinz Windischgrätz** ruft: „Bei der Ernährungsminister der Unabhängigkeit Ungarns macht die solche Schwere reichlich Schand euch!“ Nach Wieder-

aufnahme der Sitzung bedauert der Präsident die Aeußerung Loasags und ähnliche Bemerkungen des Abgeordneten, die der strafgerichtlichen Beurteilung unterliegen und beantragt die Zustimmung der Angelegenheit dem Immunitätsausschuss. Der Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen. Auch die Abgeordneten **Oranpohl** und **Polony** stimmen dafür. Abgeordneter **Karoly** erklärt weiter, Dr. Bekere sei nicht der Mann, die Demokratisierung Ungarns durchzuführen. Der Entwurf schließlich die Forderungen, die im Sinne der Demokratisierung des Landes liegen. Abgeordneter **Johann Hoch (Karolypartei)** unterbreitet ein Memorandum Seine Majestät, das 12 Forderungen aufstellt, da die vollständige Unabhängigkeit Ungarns unter dem Namen Selmer Majestät, die unverzügliche Einleitung der Friedensverhandlungen ohne Rücksicht auf die bisherige Interessengemeinschaft, die rasche Demokratisierung Ungarns, Nationalitätenfrage im Sinne des Wilsonschen Vorschlusses betreffend die Lebensmittelpolitik, welche hindere, daß die Lebensmittelvorräte Ungarns, unter dem Vorwande immer, aus dem Lande geführt zu werden.

Abgeordneter **Fenyos** interpelliert dringend, wo Lebensmittel Ungarn für die Arme geliefert werden die Arme hieron nicht für die Zivilbevölkerung abgeben. Er kritisiert die Maßnahmen des Ernährungsministers, wobei es zu heftigen Kontroversen zwischen kommt. Der Interpellant sagt hiebei: „Wenn die Regierung nicht entsprechend mit Lebensmittel versehen werden die Soldaten nicht weiterkämpfen.“ Der Minister weist die Bemerkungen entschieden zurück und erklärt, daß die ungarischen Soldaten ebenso wie die Vergangenen auch jetzt und in der Zukunft ihre Pflichten erfüllen werden. — Nächste Sitzung morgen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 15. Oktober. (R.B.) Wie das Wolffsche Blättchen berichtet, beschloß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in ihrer heutigen Sitzung, mit Rücksicht auf die politische Gesamtlage gegen das Verbleiben des Reichskanzlers **von Badoen** nichts einzumelden. Der Präsident des Reichstages hat die für den 18. d. euberstene Reichstagsitzung auf und bezieht sich die Einberufung auf einen neuen Sitzungsort.

Abänderung der deutschen Reichsverfassung.

Berlin, 15. Oktober. (R.B.) Das Wolffsche Blättchen berichtet: Der Bundesrat hat heute vormittags einem Gesetzentwurf zur Änderung des Artikels 9 der Reichsverfassung zugestimmt. Absatz 2 des Artikels wird dahin abgeändert: „Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reiches ist die Zustimmung des Bundesrates und des Reichstages erforderlich, es sei denn, daß ein Angriff auf das Bundesgebiet oder dessen Küsten erfolgt. Absatz 3 wird durch folgende Bestimmung ersetzt: Friedensverträge, sowie diejenigen Verträge mit fremden Staaten, welche sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Bundesrates und des Reichstages. Dem ist die volle Mitwirkung der Volksvertretung über die Entscheidungen über Krieg und Frieden geboten.“

Danwig will bewick stehen.

Danwig, 15. Oktober. (R.B.) Der Magistrat sandte an den Reichskanzler, an sämtliche Staatssekretäre, an den Reichstag und den Hauptauswärtigen folgenden Telegramm: „Präsident Wilson will alle Länder, die ungewissheit von politischer Bevölkerung besitzen, zu einem unabhängigen, freien politischen Staat vereinigen. Dem gegenüber stellen wir fest, daß Danwig immermehr diesen politischen Staat angeht. Unter alle Handelsländer Danwig ist durch deutsche Kulturkraft einzuweisen und gemacht, die ist kernbeis. Wir nehmen für uns das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Anspruch, wir wollen Danwig bleiben immerdar.“

Ein Akzent auf Tschechien.

Buda pest, 16. Oktober. (R.B.) Als heute nach Schluß der Sitzung des Abgeordnetenhauses Abgeordneter **Graf Stefan Tisza** vor dem Parlament sein Automobil bestiegen wollte, näherte sich ein junger Burke mit einem Revolver in der Hand dem Automobil. Der Chauffeur verriet dem Burken einen wuchtigen Schlag ins Gesicht, worauf dieser den Revolver fallen ließ. Die herbeieilende Parlamentswache nahm den Burken fest und übergab ihn der Polizei.

Wenig von den Engländern gewonnen.

London, 15. Oktober. (R.B.) Die Engländer haben wenig gewonnen.

Roulette.

Buda pest, 16. Oktober. (R.B.) Wie „Arbeiter erlesener“ aus Igram meldet, sind die kroatishen Abgeordneten zur Teilnahme an der morgigen Sitzung des Abgeordnetenhauses nicht abgereist. Die Meldungen einiger Blätter, wonach die kroatishen Abgeordneten in der morgigen Sitzung des Abgeordnetenhauses eine Deklaration abgeben werden, sind also hinfällig.

Wien.

Warschau, 15. Oktober. (R.B.) Nach Verfügung des Verwaltungsrates wurden Konferenzleistungen geschaffen, wonach der freien Behandlung jeder, insbesondere politischer Angelegenheiten, einschließlich der Frage der Organisation des künftigen politischen Staates nichts mehr im Wege stehe.

